



**Titel**

# Euro-Trip ins Ungewisse

Das Experiment Euro droht zu scheitern, noch ehe es begonnen hat: Ausgerechnet die Deutschen verfehlen offenkundig die Stabilitätskriterien. Kanzler Kohl hat nur zwei Möglichkeiten: Er kann die Währungsunion verschieben – oder die Kriterien aufweichen.

**W**enn es um den Euro geht, ist dem Kanzler kein Wort zu groß: Für Helmut Kohl ist die Europäische Währungsunion eine Frage von „Frieden und Freiheit im 21. Jahrhundert“.

Im Falle eines Scheiterns drohen Abwertungswettläufe, Handelskriege und Protektionismus, warnt auch Bundespräsident Roman Herzog. Er prophezeit eine Deflation, wenn nicht gar eine Depression – einen Rückfall also in die dreißiger Jahre.

Die Opposition steht fest an der Seite der Regierung. Oskar Lafontaine, einst ein entschiedener Gegner der Währungsunion („führt zu katastrophalen Verhältnissen“), hat sich längst gewendet und preist nun die Einführung des Euros als „strategische Entscheidung“ über die Zukunft Europas.

Da kann ja nichts mehr schiefgehen: Daß sich am 1. Januar 1999 eine Schar ausgewählter – und noch auszuwählender – EU-Länder eine gemeinsame Währung geben wird, scheint ausgemachte Sache.

Das deutsche Wahlvolk wird nicht gefragt. Daß eine Mehrheit die neue Währung ablehnt, scheint unerheblich. Bei der nächsten Bundestagswahl im Herbst 1998 soll der Euro bereits kein Thema mehr sein, die Währungsunion unabänderlich im Frühjahr 1998 von den Staats- und Regierungschefs beschlossen sein. So will es die Politik, und die Großindustrie und die Gewerkschaften wollen es auch so.

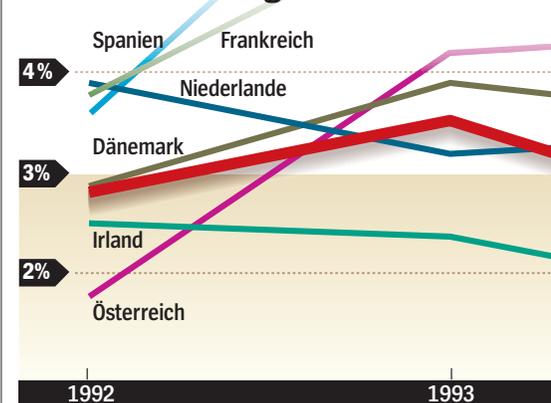
Eine große Koalition des Schweigens und des Abwiegelns hat sich des Themas bemächtigt: Wo es um Wohl und Wehe des Landes, ja um ganz Europa geht, soll das Volk mit Zweifeln nicht behelligt werden.

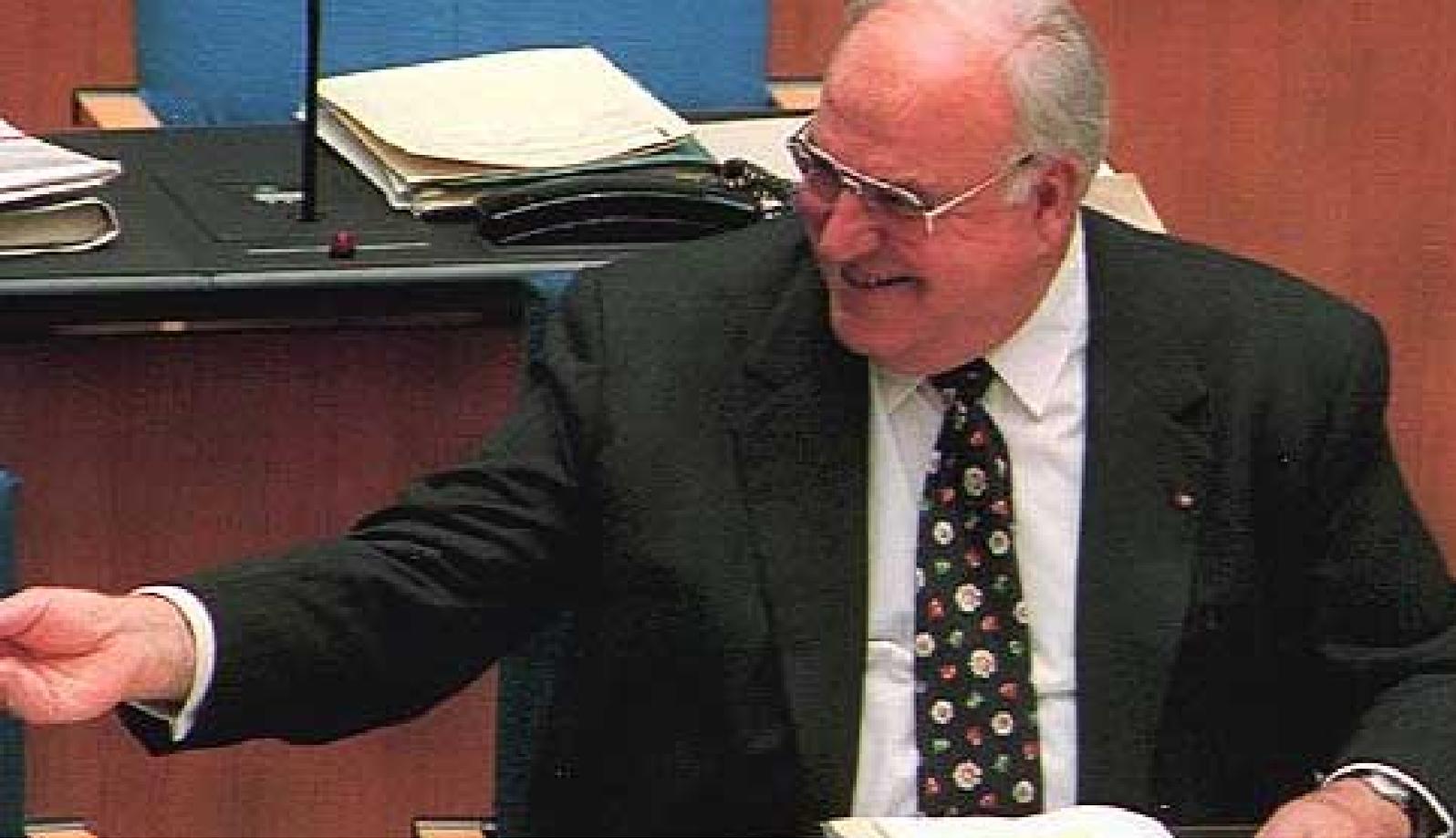
Verschwiegen wird, daß das Abenteuer Euro hoch riskant – und eine Einführung der neuen Währung mindestens ebenso gefährlich ist wie deren Verschiebung.

Denn es hat sich einiges geändert, seit die Regierungschefs der Europäischen Union sich im Jahre 1991 auf das Zukunftsprojekt Euro geeinigt haben. Eine stabile

Währung wollten sie schaffen, „so hart wie die Mark“ (Werbeslogan der Bundesregierung). Doch die Mark ist schon jetzt nicht mehr so hart, und die Deutschen, die die Europäer die Stabilität lehren wollten, haben mit ganz unerwarteten Schwierig-

## Einlauf in die Zielgerade





M. URBAN / MELDE PRESS

### Euro-Förderer Waigel, Kohl

„So hart wie die Mark“

keiten zu kämpfen: Aus dem Musterknaben der künftigen Währungsunion ist ein Sorgenkind geworden.

Verdrängt und verschleiert wird nun, was jahrelang das Credo gerade der Deutschen war. Die strengen Kriterien des Maastrichter Vertrages seien strikt einzuhalten, hatten sie mit schulmeisterlicher Arroganz immer wieder zum Ärger ihrer Nachbarn gefordert, nur so sei die Stabilität der europäischen Gemeinschaftswährung gesichert.

Plötzlich wird deutlich, daß ausgerechnet die Deutschen jene Kriterien nicht werden einhalten können. Ihre Staatsverschuldung wächst in einem Ausmaß, das der Vertrag nicht zuläßt, und alle Bemühungen Theo Waigels, es einzudämmen, sind zum Scheitern verurteilt.

Nun kommt das ganze waghalsige Experiment ins Rutschen. Und Helmut Kohl,

der als Kanzler auch der europäischen Einheit in die Geschichtsbücher eingehen will, steckt in der Falle. Er muß, wenn er ernst nimmt, was er stets gesagt hat, die Währungsunion verschieben, weil die Deutschen die Kriterien verfehlen werden. Das könnte für den Euro das Ende bedeuten.

Die zweite Alternative ist nicht viel angenehmer: Kohl kann die Kriterien großzügiger auslegen, als er und Waigel stets versprochen haben. Doch dann wäre nicht nur ihre Glaubwürdigkeit dahin, sondern auch der Glaube an einen starken Euro. Wird die neue Währung aber weich, dann wird auch Europas Wirtschaft schwach.

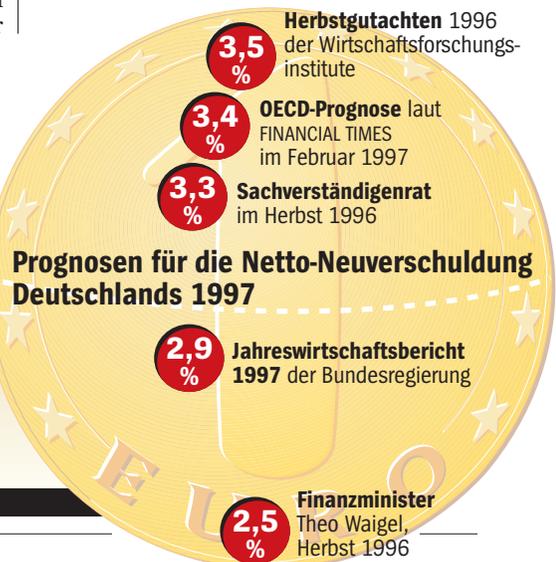
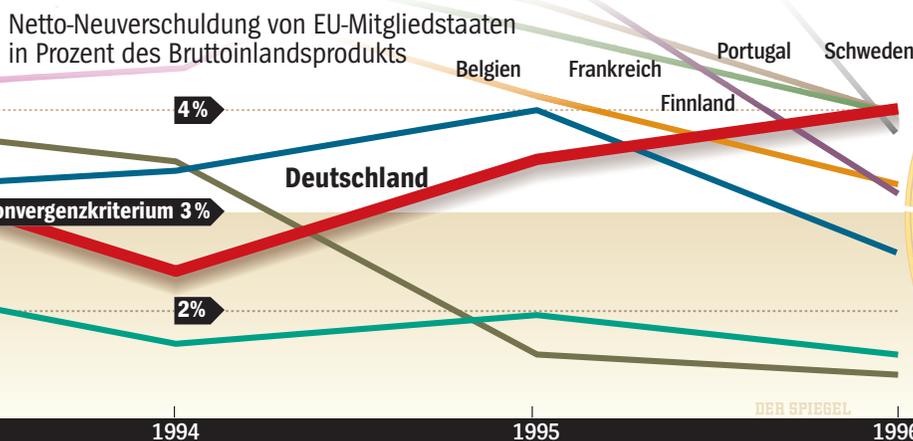
Schon heute hat die Mark einen Teil ihrer Stärke verloren, weil viele Anleger dem kommenden Euro mißtrauen: Sie schaffen ihr Geld ins Ausland, der Wert des Dollar

steigt nahezu täglich. Die Unsicherheit wächst.

Um das Vertrauen des Auslands wiederzugewinnen, müßte die deutsche Regierung weiter sparen. Sie müßte noch tiefer in Leistungsgesetze eingreifen, um die Verschuldung zu begrenzen.

Die wirtschaftliche Vernunft gebietet das Gegenteil: Der harte Sparkurs verschärft die Arbeitslosigkeit weiter, und die treibt die Verschuldung voran – ein Teufelskreis.

Nun zeigt sich, daß die hehre Idee von der Europäischen Währungsunion eine typische Kopfgeburt war, ausgedacht von Leuten, die an ein weiter prosperierendes Europa glaubten. Sie ahnten nicht, daß sich binnen weniger Jahre die Welt verändern würde: Der Ostblock löste sich auf, neue,



# Des Kanzlers neuer Gürtel

RUDOLF AUGSTEIN

**K**anzler Kohl findet für sich selbst meist das passende Wort. Im französischen Fernsehen sagte er, die Deutschen müßten den Gürtel enger schnallen. Die Franzosen auch?

Die Arbeitnehmer sollen, so denkt Kohl sich das, auf reale Lohnerhöhungen verzichten, damit man der Arbeitslosigkeit besser Herr werde. Ihm sagt wohl keiner, daß er etwas fordert, was längst Realität ist. Die Arbeitenden haben schon seit Jahren nicht mehr Geld in der Tasche, und die Arbeitslosigkeit steigt.

Ist das so schwer zu begreifen? Wer sparen muß, konsumiert weniger. Können aber die Unternehmen ihre Waren im Inland nicht absetzen, entlassen sie Beschäftigte. Dazu der in Oberndorf erscheinende SCHWARZWÄLDER BOTE:

*Mit seiner Forderung möchte er von der eigenen Unzulänglichkeit ablenken. Kohl macht die Arbeitnehmer, die auch durch ständig steigende Abgaben geschröpft werden, für die Arbeitslosigkeit verantwortlich. Das ist ökonomischer Unsinn, der an Hohn grenzt.*

Kohl muß ja kein Volkswirtschaftler sein wie der italienische Ministerpräsident Prodi, den er erst kürzlich wieder vor den Kopf gestoßen hat. Die Italiener wollen nicht gerade von den Deutschen hören, wie sie ihre Wirtschaft in Ordnung bringen sollen. So schlecht wie heute waren die Beziehungen seit Gründung der EG noch nie. Joschka Fischer ruft nach einem deutschen Prodi, wo doch auch der deutsche Riese kräftig rudern muß.

Die Verwirrung ist grenzenlos. Kann man den Belgiern, die für den ersten Schub nicht in Frage kommen, zumuten, im eigenen Land am Sitz der Kommission mit dem Euro anstatt dem gewohnten belgischen Franc zu bezahlen?

Es wäre interessant, die Meinung des früheren Bundesbankpräsidenten Karl-Otto Pöhl zu hören, der 1992 in das Bankhaus Sal. Oppenheim eintrat.

Pöhl hielt am 13. Januar vor der Handelskammer Hannover-Hildesheim einen Festvortrag. Er ist jetzt Privatbankier, nicht notwendig muß er die Meinung seines Nachfolgers Hans Tietmeyer teilen. Banken und Industrie streben ja nach Maastricht. Pöhl meint, der Zug sei abgefahren, es plagen ihn aber im Abteil viele Zweifel.

Nicht, wie früher, sorgt er sich um die inflationsgefährdeten Südländer, sondern um Deutschland und, weit erstaunlicher, um Frankreich.

Obwohl er die deutschen Wachstums- und Steuerschätzungen für „recht optimistisch“ hält, fordert er, ganz Voluntarist, eine „signifikante Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums“. Wie sie herbeizwingen?

Der Musterschüler Deutschland könne sich eine klare Verfehlung der Kriterien von Maastricht nicht erlauben. Das wäre vielleicht ökonomisch richtig, würde aber als „schwerer Vertrauensbruch“ angesehen, und das im Wahljahr. Trotzdem, in der Praxis hält er für kaum vorstellbar, daß die Währungsunion an Deutschland scheitert.

Bei Frankreich hält er das sehr wohl für vorstellbar („immer für eine Überraschung gut“). „Äußerst besorgt“ ist Pöhl, und warum? Er fürchtet, daß Paris den Vertrag von Maastricht nicht einhält (oder nicht einhalten kann). Er sieht eine von ganz oben abgestimmte Kampagne. Sie war noch von Mitterrand angestiftet worden („Technokraten“), was Kohl nichts sagte.

Pöhl: „Chirac und Juppé fordern nicht weniger als eine politische Institution als Gegengewicht zur Europäischen Zentralbank. Diese Institution solle der Notenbank nicht nur Weisungen erteilen und sie kontrollieren, sondern auch die Wechselkurspolitik der Union vor allem gegenüber dem Dollar und dem Yen bestimmen.“

„Diese Vorstellungen stehen eindeutig im Widerspruch zum Geist und Buchstaben des Maastricht-Vertrages. Das Statut der ESZB besagt klar und deutlich, daß es den Mitgliedern der ESZB nicht erlaubt ist, Weisungen von irgendeiner Seite, auch nicht vom Europäischen Rat, entgegenzunehmen.“

Eine „Klärung“ dieser Frage hält Alain Juppé für „vital“. Darum geht es, um eine Schwächung der „technokratischen“ Zentralbank.

Noch wirtschaftet man mit dem „Franc fort“. Wenn der frühere Staatspräsident und gute Europäer Giscard eine Abwertung des Franc empfiehlt, so ist wohl klar, daß die Befolgung dieses Rates das Ende der Franc-fort-Politik bedeuten würde, Währungsunion ade.

An wen würde man sich dann halten? Man darf raten. Vermutlich an den Mann mit dem neuen, zu engen Gürtel.

billige Konkurrenten tauchten auf, die Globalisierung verändert die Weltwirtschaft von Grund auf.

Europas Volkswirtschaften befinden sich mitten im Umbruch, sie müssen sich den neuen Anforderungen anpassen – und gleichzeitig versuchen, den Maastrichter Kriterien zu genügen. Das überfordert offenbar selbst die Deutschen.

Nach außen geben sich Kohl und sein Finanzminister optimistisch: Deutschland werde die Beitrittskriterien – eine Neuverschuldung von höchstens drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts und eine Gesamtverschuldung von höchstens 60 Prozent – im Referenzjahr 1997 strikt einhalten. Im allerkleinsten Kreis redet der Kanzler inzwischen anders: „Wir stehen bescheiden da“, räumt Kohl ein.

Nur ein Drittel der maximal zulässigen Schulden – also ein Prozent, gemessen am Bruttoinlandsprodukt – wollte Deutschland im Jahr 1997 machen. So lautete jedenfalls das ehrgeizige Ziel der Bundesregierung aus dem „Konvergenzprogramm“ vom Oktober 1993.

Nur leicht nach oben, auf eineinhalb Prozent, korrigierte Finanzminister Waigel das Ziel im Juni 1995. Im vorigen Sommer war er immerhin noch sicher, die wichtige Maastricht-Hürde wenigstens halbwegs elegant, mit 2,5 Prozent, zu nehmen. Nun zittert er, mit 2,9 Prozent haarscharf unterm Limit zu bleiben.

Aber nicht einmal dafür stehen seine Chancen gut: Der Sachverständigenrat rechnete schon Ende vergangenen Jahres für 1997 mit einer Neuverschuldung von 3,3 Prozent – und da waren die jüngsten Horrornachrichten vom Arbeitsmarkt noch gar nicht bekannt.

Die Kassenlage der Deutschen ist denkbar schlecht. Waigelsche Schönheitsoperationen kaschieren das Haushaltsdesaster nur unzureichend, zweistellige Milliardenlöcher drohen. Nur wenige Wochen nach Beginn des Haushaltsjahres ruft der Vorsitzende des Bundestagsfinanzausschusses, Carl-Ludwig Thiele (FDP), nach einer Haushaltssperre, und zwar „möglichst schnell“.

Alle Verwaltungsausgaben und jede Investition oberhalb einer bestimmten Grenze (im Vorjahr 500 000 beziehungsweise fünf Millionen Mark) bedürfen dann der ausdrücklichen Genehmigung des Finanzministers. Damit entmündigt er nicht nur seine Kabinettskollegen. Er setzt auch seinen eigenen, von Regierung und Parlament gebilligten Etat faktisch außer Kraft. Der Opposition ist das nicht genug. Sie fordert einen Nachtragshaushalt.

Auch die Partei- und Koalitionsfreunde des Finanzministers mögen kaum glauben, daß der Bund in diesem Jahr mit einem Zuschuß von 4,1 Milliarden Mark an die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit auskommen kann. Für die wachsende Arbeitslosigkeit habe er 6 bis 8 Milliarden zusätzlich schon einkalkuliert, versucht Waigel zu beruhigen. Aber überzeugend ist



Teilnehmer des Maastricht-Gipfels 1991: Die hehre Idee erweist sich jetzt als typische Kopfgeburt

AFP / DPA

seine Rechnung nicht: Ursprünglich hatte er für 3,9 Millionen Arbeitslose im Jahresdurchschnitt vorgesorgt. Jetzt hat die Regierung die Schätzzahl auf 4,1 Millionen angehoben.

Tatsächlich waren im Januar aber knapp 4,7 Millionen Menschen ohne Job. Und 100 000 Arbeitslose kosten, grob geschätzt, die öffentlichen Kassen jeweils rund 3 bis 4 Milliarden Mark.

Besserung ist nicht in Sicht, zunächst, da sind sich die Experten einig, wird die Arbeitslosigkeit sogar weiter steigen, möglicherweise bis nahe 5 Millionen. Im Früh-

jahr wird dann zwar die sogenannte saisonbedingte Arbeitslosigkeit wieder abnehmen. Aber das dürfte Waigel kaum retten. Seine Kalkulationsbasis wird nur erreicht, wenn es im Mai oder Juni zu einer deutlichen Trendwende auf dem Arbeitsmarkt kommt: Neueinstellungen statt Entlassungen.

Daran glauben weder die Wirtschaftsforscher noch die Wirtschaftsvertreter. Obwohl die Konjunktur ab Jahresmitte zulegen werde, so der Präsident des Groß- und Außenhandelsverbandes, Michael Fuchs, „reichen die zu erwartenden Zuwächse für eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt nicht aus“. Viele Großbetriebe und ganze Branchen wollen weiterhin Jobs abbauen, der Elektrokonzern Siemens etwa will im Inland 6000 Stellen streichen.

Mit großer Wahrscheinlichkeit steigt dann nicht nur der Zuschuß an die Nürnberger Arbeitslosenverwaltung um etliche Milliarden über die Ansätze. Auch die Arbeitslosenhilfe, für die der Bund aufkommen muß, friß zusätzlich Milliarden. Und die muß Waigel sich pumpen.

So war es jedenfalls im vorigen Jahr. Erst färbte die Kohl-Regierung die Wachstumsprognose schön: Doch statt 2,5 kam am Ende nur ein Plus von 1,4 Prozent heraus. Folglich stiegen die Kosten der Arbeitslosigkeit gewaltig über Plan. Statt 4,3 Milliarden wie vorgesehen, mußte der Finanzminister 12,5 Milliarden

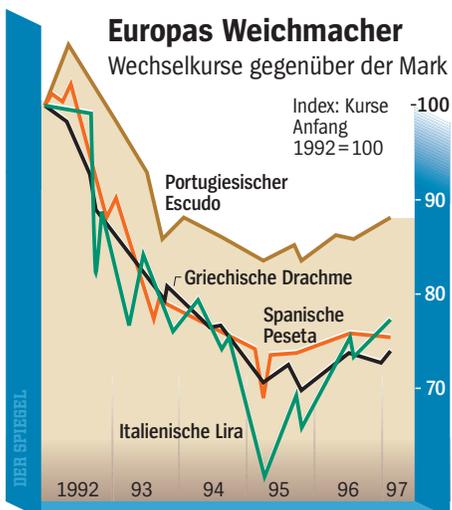
Mark nach Nürnberg überweisen. Die Arbeitslosenhilfe verschlang statt der eingeplanten 17,3 Milliarden rund 24 Milliarden Mark.

Und soviel Waigel auch kürzte, sperrte oder aufschob – statt auf 60 Milliarden Mark summierten sich seine neuen Schulden am Jahresende auf 78,3 Milliarden. Das ist ein Defizit von knapp vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts – und weit jenseits der Toleranzgrenze für die Währungsunion.

Doch nicht nur in der Arbeitslosenprognose stecken Risiken. Auch die Steuereinnahmen bleiben weiter unter allen, ohnehin schon mehrfach nach unten korrigierten Erwartungen zurück. Im Dezember flossen etwa 2,3 Milliarden Mark weniger in die Bundeskasse als vorgesehen.

Auch dieses Risiko müßte Waigel kennen. Die Steuereinnahmen wachsen seit knapp zwei Jahren nicht mehr im Einklang mit volkswirtschaftlichen Größen, etwa dem Volkseinkommen oder dem Inlandsverbrauch. Hält der Trend an, fehlen Bund, Ländern und Gemeinden dadurch in diesem Jahr weitere Milliarden.

Eine Haushaltssperre hilft da nicht, sie macht alles nur noch schlimmer. Das Gros der Staatsausgaben – alles, was auf gesetzlichen Verpflichtungen beruht – wird nämlich damit nicht erreicht, etwa große Teile der Personalkosten. Was man per



## „Kräftig dehnen“

Interview mit Horst Siebert,  
dem Präsidenten  
des Kieler Instituts für  
Weltwirtschaft

**SPIEGEL:** Kann Finanzminister Theo Waigel die Maastricht-Kriterien noch einhalten?

**SIEBERT:** Wegen der schlechten Arbeitsmarktlage wird es im Jahr 1997 schwieriger, das gesteckte Ziel zu erreichen. Das Institut für Weltwirtschaft prognostiziert ein Budgetdefizit von dreieinhalb Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Bei diesem Wert muß man die Interpretation der Kriterien schon kräftig dehnen, um von ihrer Einhaltung zu sprechen.

**SPIEGEL:** Plädieren Sie für eine Verschiebung der Einführung des Euros?

**SIEBERT:** Wenn die Kriterien nachhaltig nicht erfüllt sind, dann ist die Verschiebung eine wirtschaftspolitische Option. Der Sachverständigenrat hat dafür plädiert, daß möglichst frühzeitig für Klarheit beim Defizitkriterium gesorgt werden muß.

**SPIEGEL:** Welche ökonomischen Auswirkungen hat es, wenn erst im Frühjahr 1998 eine Verschiebung bekanntgegeben wird?

**SIEBERT:** Dann würde es erhebliche Turbulenzen an den Devisenmärkten geben, und wir müßten mit einer kräftigen Aufwertung der Mark rechnen. Von daher kann ich nur raten, frühzeitig eine glaubwürdige Auffangposition aufzubauen.

**SPIEGEL:** Wie sieht Ihr Verschiebungsszenario aus?

**SIEBERT:** Es müßte glaubwürdig sein, daß es nicht um ein Verschieben auf den Sankt-Nimmerleins-Tag geht, sondern um das Gewinnen von Zeit, um die Kriterien von Maastricht in einer glaubwürdigen und nachhaltigen Form zu erfüllen. Die Europäer könnten beispielsweise den Stabilitätspakt schon im Vorfeld der Währungsunion in Kraft setzen, um zu dokumentieren, daß sie an dem Projekt weiter festhalten. Dann könnte später geprüft werden, ob sich genügend Länder qualifizieren.



M. DARCHINGER

Siebert



Massendemonstration gegen drohende Arbeitslosigkeit\*: Viele Großbetriebe und ganze

Haushaltssperre kürzen kann, sind nur zehn Prozent des Etats, Autos oder Büromöbel zum Beispiel, Investitionen oder auch neue Aktivitäten für Forschung und Entwicklung. Das wäre „angesichts der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme unserer Wirtschaft“, so der Finanzexperte im Sachverständigenrat, Rolf Pefekoven, „gerade das Falsche“.

Die Zeit drängt. Anfang nächsten Jahres wird Bilanz gezogen. Wer die Kriterien des Maastricht-Vertrages (siehe Grafik Seite 33) erfüllt, darf rein in die Währungsunion, wer nicht, muß erst mal draußen bleiben.

Keine Frage war bislang, daß eine Europäische Währungsunion ohne Frankreich und ohne Deutschland keinen Sinn macht. Doch wenn die Deutschen sich nicht qualifizieren, zeichnet sich, so spottet die NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, eine „Hochzeit ohne Braut“ ab.

Immer mehr Ökonomen plädieren für eine Verschiebung der Währungsunion (siehe Interviews), wie sie der Sachverständigenrat bereits im Jahr 1995 gefordert hat. Es würde keine Stabilitätsgemeinschaft entstehen, warnen die Wirtschaftsweisen, wenn die Währungsunion im Schnellverfahren eingeführt werde.

Die Bundesbank ist derselben Meinung. Es sei gefährlich, so zu tun, als sei die Entscheidung schon gefallen, mahnte Bundesbank-Vizepräsident Johann Wilhelm Gaddum. Einen „Geldverbund um jeden Preis“ werde es nicht geben.

Doch die Politiker stellten sich bislang taub. Am Termin für die Einführung des Euros gebe es keinen Zweifel, erklärte EU-Kommissionspräsident Jacques Santer

noch Anfang Februar auf dem Wirtschaftsforum in Davos. „Die Entwicklung zum Euro ist unumkehrbar.“

Bisher stand einer Verschiebung der Einführung des Euros vor allem ein Mann im Weg: Helmut Kohl. Der Kanzler fürchtet um sein Lebenswerk.

Intern wird inzwischen aber auch in Bonn das Undenkbare gedacht. Notgedrungen müsse im Ernstfall eben doch ein Aufschub der Währungsunion auf die Tagesordnung, so der Kanzler in kleinem Kreis – mit einem festen neuen Termin in „ein oder zwei Jahren“.

Zuarbeiter des Bonner Regierungschefs versuchen, die fatale Lage gleich wieder schönzureden: Geräte der Euro in Gefahr, komme Kohl noch weniger aus seiner Verpflichtung heraus, als Kanzler weiterzumachen. Wenn die Sache nicht ganz scheitern solle, komme es erst recht auf ihn an.

Doch keiner weiß, wie es dann weitergeht. Einen bloßen Aufschub um ein, zwei Jahre wird es wohl nicht geben. Franzosen, Spanier, Italiener und auch die Deutschen würden die schmerzhaft Sparkur abbrechen. Schaffe man die Währungsunion zum 1. Januar 1999 nicht, warnt Frankreichs Premier Alain Juppé, wäre das „die völlige Lähmung. Die Enttäuschung wäre so groß, das Gefühl des Scheiterns so stark, daß Europa an allen Ecken und Enden auseinanderdriften würde“.

Verzweifelt suchen die Juristen der Brüsseler Kommission nach einem Ausweg. Sie prüfen, ob der Termin 1. Januar 1999 für die Einführung des Euros zwar gehalten, die

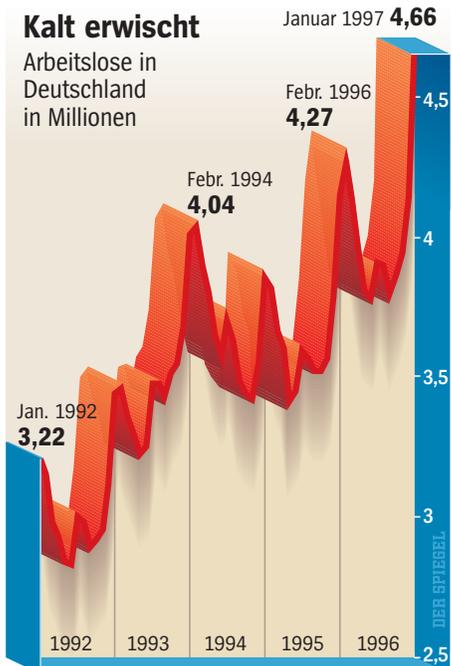
\* Am Freitag vergangener Woche im Ruhrgebiet.



Branchen wollen weiterhin Jobs abbauen

Entscheidung über die Teilnehmer aber hinausgezögert werden kann, möglicherweise bis in den Herbst des nächsten Jahres. So ließen sich neben den Ist-Zahlen des ersten Referenzjahres 1997 auch noch die Tendenzen des ersten Halbjahres 1998 mit in die Beurteilung einbeziehen.

So geht es wohl nicht: Der Maastricht-Vertrag fixiert ganz deutlich, wann die Entscheidung über die Teilnehmer des Euro-Blocks fallen muß („vor dem 1. Juli 1998“), wann Präsident und Direktorium der Eu-



ropäischen Zentralbank zu ernennen sind („unmittelbar nach dem 1. Juli 1998“).

Schon beginnt in Bonn der Streit über Waigels Drei-Komma-Null-Festlegung. „Drei ist drei“, hat der Finanzminister stets betont und damit die im Maastrichter Vertrag festgelegte Zahl, in der viele nur einen Näherungswert sehen, als absolute Obergrenze markiert. Die müßten nicht nur Deutschland, sondern auch Frankreich und die Benelux-Länder punktgenau treffen – sonst finde die Währungsunion 1999 nicht statt. Nur so ließen sich Weichwährungs-länder wie Italien draußen halten, rechtefertigten Waigel-Vertraute intern seine Fixzahl, und nur so werde der Euro hart.

Für unsinnig hält nun etwa Verteidigungsminister Volker Rühle die Festlegung des Kollegen aus dem Finanzressort. Eine Neuverschuldung in dieser Größenordnung sei ohne Belang für die Stabilität des Euro, meint er.

Auch aus der FDP-Spitze erhält Waigel Kontra. Die willkürlich enge Auslegung der Beitrittskriterien durch die Deutschen verstoße gegen Buchstaben und Geist des Maastrichter Vertrages. Bestehe Bonn darauf, sei das ein Vertragsbruch.

Die Liberalen fürchten eine Konsequenz des strikten 3,0-Gebots: Selbst eine leicht anziehende Konjunktur brächte keine ausreichende Entlastung. Also läßt sich das deutsche Defizit nur niedrig halten, wenn die Einnahmeseite verbessert wird – durch Steuererhöhungen. Die hat aber gerade die FDP immer ausgeschlossen.

Und weitere Sparrunden würden spätestens am Widerstand der SPD im Bundesrat scheitern: Der Euro wackelt. Werden also doch noch die Kriterien aufgeweicht?

Otto Graf Lambsdorff ist sich da sicher. Der Euro werde pünktlich kommen, so der FDP-Politiker. Und er spricht, im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen, die Konsequenzen offen aus: Falls notwendig, werde der Beginn auch mit einer Lockerung der Maastricht-Kriterien erkauf.

Bedauerlich sei das, findet Lambsdorff, aber auch unumgänglich: Die Regierungen könnten sich kaum dem Druck entziehen, der mit dem näher rückenden Termin zunehme.

Für viele Ökonomen ist das ein Schreckensszenario: Werden die Kriterien aufgeweicht, warnen sie, werde der Euro nicht, wie versprochen, hart – er werde eine Weichwährung.

Je laxer die Kriterien, desto größer wird der Kreis der Teilnehmer und desto instabiler das ganze Gebilde. Seit langem drängen die südeuropäischen Länder, der sogenannte Club Med, auf eine sofortige Aufnahme in den Euro-Klub. Sie verfehlen zwar die Kriterien, aber sie haben beachtliche Anstrengungen unternommen, um doch noch dabeizusein.

Mit welcher Berechtigung könnte etwa Italien der Zutritt verwehrt werden, wenn es nicht einmal die Deutschen mit den Kriterien so genau nehmen? Wie soll man all die Schummeleien ahnden, mit denen

# „Schwache Signale“

Interview mit Herbert Hax, dem Vorsitzenden des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

**SPIEGEL:** Die Arbeitslosigkeit steigt weiter, in Waigels Etat drohen neue Löcher: Kann Deutschland die Maastricht-Kriterien überhaupt noch einhalten?

**HAX:** Der Schuldenstand von 60 Prozent wird höchstwahrscheinlich in diesem Jahr überschritten werden. Auch beim Defizit, das bei maximal drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen darf, lag die Planung von Anfang an hart an der Grenze. Angesichts der jetzigen Arbeitslosigkeit wird es außerordentlich schwierig, die Kriterien einzuhalten. Die Wahrscheinlichkeit, daß es gelingt, ist nicht sehr groß.

**SPIEGEL:** Wäre es nicht ehrlicher, wenn die europäischen Länder jetzt für eine Verschiebung der Währungsunion plädieren würden?

**HAX:** Bei strenger Einhaltung der Konvergenzkriterien gibt es im Jahr 1998 voraussichtlich nicht genügend Länder, die aufgenommen werden können.

Nun lassen ja die finanzpolitischen Kriterien einen gewissen Interpretationsspielraum. Aber dann taucht die Frage auf, wo man die Grenze ziehen soll. Italien und Spanien befürchten, daß sie so gezogen wird, daß Frankreich und Deutschland eben noch drin sind, die südeuropäischen Länder aber nicht. Den Start der Währungsunion zu verschieben wird andererseits immer schwieriger.

**SPIEGEL:** Haben Sie das Gefühl, daß die Bundesregierung auf die Meinung von Experten und auf solche Mahnungen des Sachverständigenrates hört?

**HAX:** Es gibt nur schwache Signale. Doch je länger die Bundesregierung wartet, desto schwieriger ist es. Wenn sie immer wieder sagt, daß die Verschiebung ein Desaster sei, dann geht die eigene Prophezeiung in Erfüllung, aber nur, weil man es so oft wiederholt hat.



Hax

viele EU-Länder die Neuverschuldung drücken (siehe Seite 32), wenn selbst Waigel trückt?

Aus einem kleinen Kreis stabiler Länder droht nun eine große Runde von Teilnehmern zu werden, die alle Schwierigkeiten mit der Stabilität haben. Schon titelte die italienische Zeitung LA REPUBBLICA frohlockend: „Lieber Kohl, Italien wird dabei sein.“

Das ist nicht nur für Kohl eine Hiobsbotschaft. Die Lira ist geradezu zu einem Synonym für eine europäische Weichwährung geworden. Der Ruf ist ruiniert, da helfen auch die Erfolge der allerjüngsten Vergangenheit wenig.

Mit einem Kurseinbruch der Mark und einem Anstieg des Dollars auf zwei Mark rechnet der Wirtschaftswissenschaftler Horst Siebert, Chef des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, „falls die Währungsunion nicht nördlich der Alpen haltmacht“. Und Ulrich Cartellieri, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, warnt, eine Teilnahme Italiens beeinträchtigt das Vertrauen der Finanzmärkte in die Währungsunion: „Das wäre eine tickende Zeitbombe.“

Doch die Experten dürfen sich nur äußern, zu sagen haben sie nichts. Ob die Währungsunion 1999 kommt und wer daran teilnehmen darf, wird allein von Politikern entschieden. Das ganze Projekt Währungsunion war von Anfang an ein politisches; ökonomischer Sachverstand war nur am Rande gefragt.

Als Anfang 1988 – Paris litt wieder einmal unter der europäischen Herrschaft der Deutschen Bundesbank – der französische Finanzminister Edouard Balladur vorschlug, die Geldpolitik einer gemeinsamen Europäischen Zentralbank zu übertragen, erntete er damit in der Frankfurter Bundesbank und in Bonns Finanzministerium nur milde Heiterkeit. Zu durchsichtig schien der Plan des Franzosen, den Frank-

furtern die Macht, den Deutschen die Mark und der Bundesrepublik einen Teil ihrer Stärke zu nehmen.

Doch Balladur bekam unverhofft einen gewichtigen deutschen Verbündeten. Ende Februar verschickte Bonns Außenminister Hans-Dietrich Genscher zur Verblüffung des Finanzkollegen Gerhard Stoltenberg an alle Regierungschefs der Gemeinschaft ein Memorandum, in dem er vorschlug, zusammen mit dem Gemeinsamen Markt bis Ende 1992 einen „einheitlichen europäischen Währungsraum mit einer europäischen Zentralbank“ einzurichten.

Das sei ja wohl eher die private Meinung eines ökonomischen Laien im Auswärtigen Dienst, beruhigte der damalige Bundesbank-Chef Karl Otto Pöhl. Und Stoltenberg mokierte sich über das unprofessionelle Papier. Zu unsinnig schien der Gedanke, Länder mit unterschiedlichem Wirtschaftsverlauf, großem Wohlstandsgefälle und voneinander unabhängigen Regierungen in eine Währung zu zwingen.

Genschers Vorstoß im Jahre 1988, die Integration Europas mit einer einheitlichen Währung und gemeinsamer Geldpolitik zu forcieren, sollte eigentlich nicht, wie dann geschehen, isoliert mit einer Wirtschafts- und Währungsunion enden. Den entscheidenden Schritt, die starke Mark zu opfern, könnten die Deutschen nur gehen, so Helmut Kohl damals, wenn die Geldunion von einer politischen Union gestützt werde.

Eine Regierungskonferenz versuchte sich am Bau eines Bundesstaates Europa, mit einem „echten Parlament“ (Kohl), das eine Art Regierung kontrolliert, mit gemeinsamer Außenpolitik und vor allem mit einer harmonisierten Wirtschafts- und Finanzpolitik als unverzichtbarer Stütze der einheitlichen Währung.

„Nach der ökonomischen Theorie ist Europa nicht reif für die neue Währung“



Proteste in Frankreich gegen den Sparkurs:

Doch wenige Wochen vor dem Dezember-Gipfel im niederländischen Maastricht platzte die politische Union. Die Furcht vor dem Verlust nationaler Hoheitsrechte obsiegte, den Briten war allein schon die Erwähnung eines „Bundesstaates Europa“ im Vertragstext zuviel, der Fortgang der politischen Integration wurde verschoben.

Maastricht fand schließlich auch ohne politischen Teil statt, aber mit eindeutiger politischer Zielsetzung. Ohne den Euro, so behauptete Kohl jetzt, könne der Gemeinsame Markt keinen Bestand haben.

## „Harte Linie“

Interview mit Manfred J. M. Neumann, dem Vorsitzenden des wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsminister

**SPIEGEL:** Was bedeutet es für die Europäische Währungsunion, wenn Deutschland und andere wichtige EU-Länder die Konvergenzkriterien nicht einhalten?

**NEUMANN:** Das wäre eine schwerwiegende Hypothek für die Währungsunion. Das Interesse, auf Dauer die Aufgaben des Staates zu begrenzen, wird abnehmen. Man kann nicht bei Eintritt in einen Klub großzügig sein und erwarten, daß anschließend Disziplin gehalten wird. Es ist unausweichlich, daß wir uns darauf einstellen, daß die Europäi-

sche Währungsunion verschoben werden muß.

**SPIEGEL:** Was erwarten Sie, wenn die europäischen Politiker unter Führung des deutschen Bundeskanzlers Kohl zusammenrücken und den Euro trotzdem durchziehen?

**NEUMANN:** Dann wird es international zu einem Rückgang der Anlagen in Euro, die ja bisher weitgehend in Mark gehalten werden, kommen. Das mangelnde internationale Vertrauen führt zu einer Abwertung des Euros. Damit wird es schwer



Neumann

J. H. DÄRCHINGER

für die Europäische Zentralbank, einen geldpolitischen Kurs zu garantieren, der wirklich zur Geldwertstabilität hinführt. Im Unterschied zur Bundesbank muß sich die Europäische Zentralbank ihre Reputation erst verdienen, und das bedeutet, daß sie am Anfang eine harte Linie fahren muß.

**SPIEGEL:** Wer sind die Hauptleidtragenden, wenn es zu einer verfrühten Einführung des Euros kommt?

**NEUMANN:** Dann tragen natürlich letztlich die Bürger die Kosten. Einige von ihnen könnten zusätzlich arbeitslos werden, und es kann für alle zusammen bedeuten, daß sie Einbußen im Lebensstandard in Kauf nehmen müssen.



Europas Volkswirtschaften befinden sich mitten im Umbruch

Ohne Gemeinsamen Markt aber sei kein politischer Fortschritt der Zusammenarbeit zu erreichen. Und ohne den falle Europa in den Zustand einer gehobenen Freihandelszone zurück. Kohl: „Und das hält nicht, das ist in fünf Jahren im Eimer.“

Plötzlich, so will der deutsche Kanzler die um ihre Mark bangenden Deutschen glauben machen, hängt das Schicksal Europas an der Einführung der gemeinsamen Währung. Die Existenz des Euros entscheidet danach im nächsten Jahrtausend über Krieg und Frieden in Europa.

Damit hat das Projekt Währungsunion eine politische Bedeutung erlangt, der ökonomische Sinn einer gemeinsamen Währung ist hinter dem Ziel, mit Hilfe ökonomischer Fakten die politische Integration zu fördern und zu sichern, fast in Vergessenheit geraten.

Als Genscher im Jahr 1988 mit seinem Vorschlag vorpreschte, verließ er die damals herrschende Mehrheitsmeinung in Deutschland. Nach Pöhls Ansicht, die von den meisten Ökonomen geteilt wird, kann eine gemeinsame Währung erst der Schluß-

akkord für zusammenwachsende Volkswirtschaften bilden. Erst wenn Finanz- und Wirtschaftspolitik parallel laufen, wenn niemand mehr auf die Idee kommt, die Wechselkurse zwischen den Ländern ändern zu wollen, erst dann könne das Ganze mit einer Festschreibung der Wechselkurse und gemeinsamem Geld gekrönt werden.

Nun soll es umgekehrt gehen, und da sehen viele Ökonomen ziemlich schwarz. Ob und wie die Währungsunion funktioniert, welche Auswirkungen sie auf die nationalen Volkswirtschaften und den politischen Zusammenhalt in Europa hat, ist völlig offen – das Projekt ist das größte wirtschaftspolitische Experiment aller Zeiten, sein Ausgang ungewiß.

Voller Sarkasmus vergleicht der britische *ECONOMIST* das Währungsprojekt mit der „Titanic“: „Der Bauplan schien perfekt, man hielt sie für unsinkbar.“ Beim Euro sei aber schon die Konstruktion fehlerhaft.

Nach der ökonomischen Theorie ist Europa nicht reif für eine Währungsunion. Die nationalen Arbeitsmärkte sind zu unflexibel, und die Mobilität der Erwerbstätigen ist zu gering, als daß auf gelegentliche Wechselkursänderungen zur Sicherung zurückfallender Standorte vollkommen verzichtet werden könnte.

Die führenden Wirtschaftswissenschaftler der Welt geben dem Einheitsgeld daher keine Chance. Für den US-Ökonomen Alan Meltzer etwa handelt es sich um ein „Vorhaben bar jeder ökonomischen Vernunft“.

Ein Binnenmarkt ohne gemeinsames Geld, das zeigt das europäische Beispiel, kann funktionieren. Aber es gibt kein einziges historisches Vorbild dafür, daß ein Währungszusammenschluß großer Länder Bestand haben kann, wenn nicht gleichzeitig auch die Finanzpolitik der Partnerländer vereinheitlicht wurde.

Die Währungsunion kettet die beteiligten Länder „auf Gedeih und Verderb an-

## „Der Euro ist Dynamit“

Interview mit dem Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Hankel

**SPIEGEL:** Herr Hankel, Bundeskanzler Kohl behauptet, daß die in Maastricht beschlossenen Kriterien eingehalten werden. Glauben Sie ihm noch?

**HANKEL:** Nein. Die Defizite sind zu hoch, sie können auch im Lauf des Jahres nicht mehr zurückgedreht werden. Es sei denn, man stürzt Deutschland in eine noch größere Arbeitsmarktkrise.

**SPIEGEL:** Was passiert, wenn die Euro-Kandidaten schummeln?

**HANKEL:** Der Euro käme als Weichwährung zur Welt. Das würde bedeuten, daß in Europa mit einer zusätzlichen Verteuerung der Lebenshaltungskosten

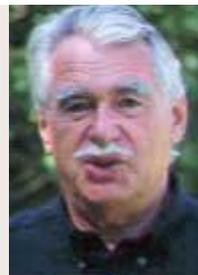
und neuen Lohn-/Preisrunden zu rechnen ist.

**SPIEGEL:** Welche Auswirkungen hätte das für den Sparer?

**HANKEL:** Verheerende. Der Anteil der Mark an den Währungsreserven fremder Notenbanken ist jetzt schon von 20 auf unter 15 Prozent gesunken. Die Abwertung der Mark ist in vollem Gange und wird sich weiter fortsetzen.

**SPIEGEL:** Wann macht für Sie der Euro Sinn?

**HANKEL:** Wir müssen abwarten, bis die europäischen Volkswirtschaften saniert



Hankel

sind. Wir brauchen Hochkonjunktoren und nicht massive Arbeitslosigkeit, damit wir den Schritt in die gemeinsame Währung wagen können. Oder wir müssen nach dem Vorbild der deutsch-deutschen Währungsunion eine Transferkasse zum Ausgleich der gewaltigen Schäden einrichten.

**SPIEGEL:** Bundeskanzler Kohl will mit dem Euro Europa einigen.

**HANKEL:** Ich halte den Euro nicht für eine dynamische Kraft, sondern schlicht für Dynamit. Der bisherige Integrationszustand wird gefährdet, und die sozialen Konflikte sowohl in der Gesellschaft als auch zwischen den Gesellschaften werden gewaltig zunehmen.

# Die Tricks der Nachbarn

Viele Wege führen nach Maastricht: Wie die Kandidaten die Kriterien aufweichen.

Zu einem Spiel ohne Grenzen ist die Haushaltspolitik der Euro-Anwärter geworden: Jeder rechnet sich reich, so gut er kann. Man verschiebt Schulden auf spätere Jahre, zieht für die Zukunft geplante Einnahmen vor und verbucht sie im Etat '97.

Ganz vorn dabei: die kreativen Franzosen. Sie kaschieren Zinszahlungen für Staatsanleihen in den Bilanzen, sie kassieren bei der staatlichen Kreditbank Caisse des Dépôts eine außerordentliche Gewinnabführung. Und schon sinkt ihr Haushaltsdefizit um rund 12 Milliarden Mark.

Weitere 11 Milliarden spendiert die France Télécom, im Gegenzug übernimmt der Staat später anfallende Pensionslasten des Unternehmens. So drückt Paris die Neuverschuldung womöglich gerade noch unter die Maastricht-Grenze von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts – aber nur rechnerisch und nur in diesem Jahr. Anschließend drohen um so höhere Defizite.

Kaum weniger phantasievoll zeigen sich die Belgier: Sie schreiben sich für 1997 nicht nur die Einnahmen aus aktuellen Goldverkäufen gut, sondern auch noch die Goldgewinne der Nationalbank aus den letzten fünf Jahren – macht etwa zwölf Milliarden Mark.

Hinzu kommen Milliarden aus Privatisierungen. Einen zehnstelligen Vor-

schuß muß die staatliche Sparkassen-Holding dazulegen, im Vorgriff auf die geplante Privatisierung der staatlichen Telefon-Gesellschaft. Und die Staatslotterie soll gleich für sieben Jahre im voraus Gewinne überweisen. Das entlastet den hochverschuldeten Haushalt Belgiens, wenn auch nur vorübergehend.

Der spanische Finanzminister schönt seine Bilanz mit erhöhten Steuervorauszahlungen, die er der Wirtschaft abfordert. Außerdem will der neue spanische Industrieminister, Josep Piqué, in den nächsten vier Jahren alle Staatsbetriebe verkaufen. Das soll insgesamt rund 30 Milliarden Mark in die Staatskasse bringen, davon 12 Milliarden schon in diesem Jahr.

Und im Vorgriff auf die Verkäufe hat der spanische Finanzminister die Schulden staatlicher Unternehmen gleich gestrichen: Er zählt sie nicht mehr mit bei der Berechnung des Staatsdefizits.

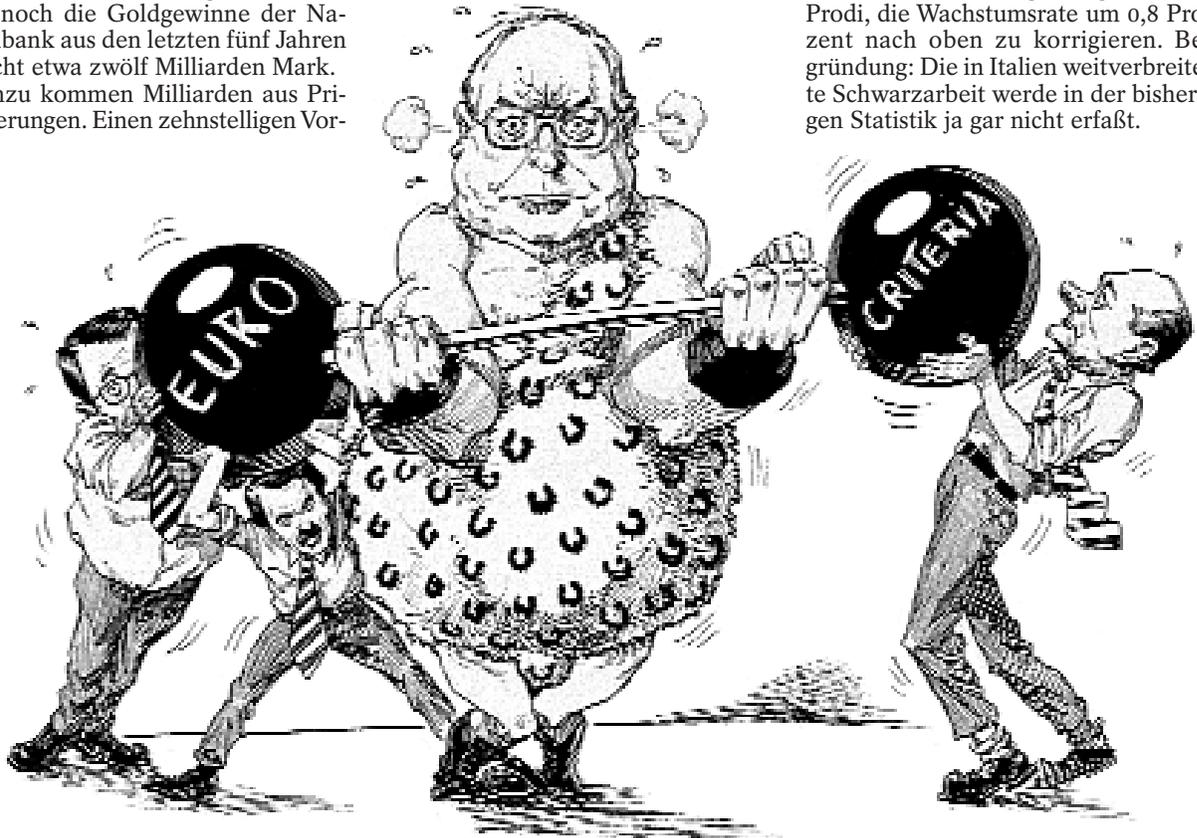
Originelle Varianten bringen die Italiener ins Euro-Spiel ein: Eine einmalige „Europa-Steuer“ zum Beispiel, ein Zuschlag von 1,5 bis 3,5 Prozent auf die Lohn- und Einkommensteuer. Der

soll dem Fiskus etwa 5,5 Milliarden Mark bringen. Um den Unmut der Italiener zu dämpfen, verspricht die Regierung allerdings, den Aufschlag ab 1999 wieder zurückzuzahlen. Dann nämlich ist die Entscheidung gefallen, wer in den Maastricht-Klub darf.

Doch trotz aller Buchungstricks, die den italienischen Staat um weitere 12 Milliarden Mark – auf dem Papier – bereichern, und trotz eines vorzeitigen Inkassos von Steuern, die erst später fällig sind, schafft Rom die Schuldenhürde des Maastricht-Vertrags nicht. Deshalb manipuliert die italienische Regierung noch an anderer Stelle:

Die Höhe der zulässigen Kreditaufnahme des Staates hängt von dessen Bruttoinlandsprodukt (BIP) ab, also von dem, was im Land produziert und geleistet wird. Um maximal drei Prozent des BIP sollen die Maastricht-Teilnehmer sich 1997 verschulden dürfen. Je größer die Basis, das BIP also, desto größer darf der zulässige Neukredit des Staates sein.

Was liegt da näher als die Idee, das BIP ein wenig aufzublasen und damit den Schuldenpielraum zu erweitern. So beschloß die Regierung Romano Prodi, die Wachstumsrate um 0,8 Prozent nach oben zu korrigieren. Begründung: Die in Italien weitverbreitete Schwarzarbeit werde in der bisherigen Statistik ja gar nicht erfaßt.



THE ECONOMIST, LONDON



**Währungshüter Tietmeyer**  
„Es darf keine Aufweichungen geben“

einander“, so die Deutsche Bundesbank. Schon im Jahr 1999 sollen die Wechselkurse der beteiligten Länder unauflöslich miteinander verkoppelt werden, auch wenn immer noch mit den alten Geldscheinen bezahlt wird. Die neuen kunterbunten Euro-Scheine gibt es erst vom Jahr 2002 an, aber das ist nur noch reine Optik: Tatsächlich soll schon 1999 der Euro herrschen.

Was aber passiert dann? Was ist, wenn in der Geldgemeinschaft einzelne Länder wieder anfangen, über ihre Verhältnisse zu leben?

Dann, soviel ist sicher, würden Wachstum und Beschäftigung in allen Ländern darunter leiden. Der Frankfurter Ökonom Wilhelm Hankel, einer der profiliertesten EWU-Skeptiker, befürchtet Schlimmes: „Was zur Stärkung Europas führen sollte, wird in seiner Zerrüttung enden“ (siehe Kasten Seite 29).

Je größer und instabiler der Kreis der Teilnehmer, desto schlechter die Aussichten: Startet der Euro weich, dann droht eine gewaltige Kapitalflucht. Die Europäische Zentralbank müßte die Zinsen hochschrauben – eine schwere Stabilisierungskrise wäre die unvermeidliche Folge.

Ein düsteres Szenario zeichnet der Brit David Lascelles. Unter dem Titel „Der Crash von 2003“ hat der frühere FINANCIAL-TIMES-Journalist und heutige Vizedirektor des Londoner Centre for the Study of Financial Innovation ausgemalt, wohin

das Experiment mit dem Einheitsgeld führen kann – so anschaulich und detailreich wie niemand vor ihm.

Die mit viel literarischer Freiheit formulierte, gleichwohl fachlich fundierte Prognose: Vier Jahre nach ihrem Beginn bricht die Währungsunion tosend wieder auseinander.

Das politische Ziel erweist sich als zu ehrgeizig, die Geldgemeinschaft scheidet an den ökonomischen Realitäten und den kulturellen Unterschieden.

Das rückblickend erzählte Drama des britischen Publizisten nimmt seinen Lauf, als beim Prüftermin im Frühjahr 1998 kein einziges europäisches Land die Beitrittskriterien im strengen Sinn erfüllt – keine unrealistische Vorstellung, wie sich heute zeigt.

Die Staats- und Regierungschefs, beseelt vom Wunsch, die Einigung Europas voranzutreiben, handeln sieben Gründungsmitglieder der Währungsunion aus – neben Deutschland und Frankreich sind das Österreich, Belgien, Luxemburg, Irland und die Niederlande.

Italien und Spanien wollen ebenfalls von Anfang an dabei sein, doch die nördlichen Kernländer stellen sich dagegen. Weil die Zustimmung der beiden Länder aber für den Start einer kleinen Währungsunion zwingend benötigt wird, erhalten sie in Lascelles „EWU-Märchen“ die Zusage, dem Klub bereits ein Jahr später beitreten zu dürfen. Gleichwohl könnte der Euro, so nimmt der britische Publizist voller Optimismus an, zunächst durchaus einen starken Auftritt auf der internationalen Währungsbühne haben.

Gestützt werde die neue Währung nämlich durch eine gute Weltkonjunktur, die Euphorie des politischen Aufbruchs und ein anfänglich großes Vertrauen der Finanzmärkte in den Stabilitätswillen der nach dem Vorbild der Bundesbank gegründeten Europäischen Zentralbank.

Der Auslöser für den Zusammenbruch der Währungsunion ist in Lascelles Szenario ein zyklischer Umschwung der Weltwirtschaft mit der Folge eines bereits lange erwarteten Aktiencrashes in den USA. Der Kursverfall an der Wall Street reißt in den europäischen Ländern die Börsen mit in die Tiefe, bringt die Banken in Schwierigkeiten und schlägt auf die Volkswirtschaften durch.

In dieser Situation zeigt sich, wie verhängnisvoll der 1996 in Dublin beschlossene Stabilitätspakt wirkt. Er zwingt die EWU-Länder, ihre Staatsausgaben gerade dann übermäßig einzuschränken, wenn die Konjunktur ohnehin schwach ist.

Am stärksten würde der Protest vermutlich in Frankreich ausfallen. Steigende Arbeitslosenzahlen und die in der Flaute notwendige Sparpolitik treiben in Lascelles Szenario die Menschen in Paris zu gewalttätigen Demonstrationen auf die Straße.

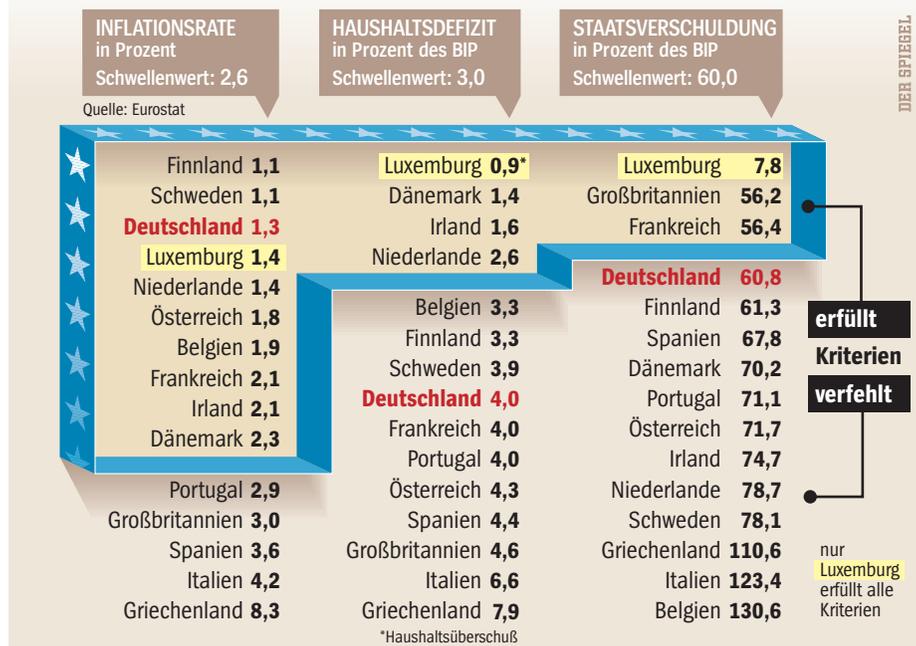
Um den Druck zu mildern, beginnt Frankreichs Regierung gegen die Europäische Zentralbank Front zu machen. Die Technokraten in Frankfurt täten nicht genug, um die europäische Wirtschaftskrise zu mildern.

Die Akteure an den internationalen Finanzmärkten reagieren sogleich auf die politischen Risse im Währungsbündnis. Für

**„Es wird kaum gewagt, den Sinn einer gemeinsamen Währung in Frage zu stellen“**

### ... und raus bist du!

Wer erfüllt gegenwärtig die wichtigsten EU-Kriterien für die Währungsunion? Stand Ende 1996



französische Anleihen setzen sie höhere Zinsen durch, auch Italien und Spanien werden mit Aufschlägen bestraft.

Um die innenpolitische Krise abzuwenden, schlägt der französische Staatspräsident Jacques Chirac eine umfassende Reform der Währungsunion vor: Der unselige Stabilitäts-pakt soll abgeschafft und die Europäische Zentralbank zur Förderung der Konjunktur verpflichtet werden. Auf Importe in die EU soll es einen Zoll von zehn Prozent geben. Das Geld soll für Beschäftigungsprogramme eingesetzt werden.

Binnen 24 Stunden verliert die europäische Währung gegenüber dem Dollar zehn Prozent an Wert. Die Spekulanten nehmen den Euro ins Visier. Die großen Anlagefonds verkaufen die Währung auf Termin, um aus dem drohenden Kollaps der Union Profit zu schlagen.

Die Europäische Zentralbank ist paralysiert. Die eine Hälfte ihrer Ratsmitglieder will Zinssenkungen, um die Wirtschaftskrise zu meistern; die andere votiert für eine straffe Geldpolitik zur Stützung des Euros.

Ein Krisengipfel im Jahr 2003 endet schließlich mit einem Eklat. Der Bundeskanzler weist das französische Ansinnen nach einer Neuorientierung in der Währungspolitik zurück.

48 Stunden später proklamiert Frankreich die Wiedereinführung des Franc zum Ende des Jahres 2003. Die Märkte erzwingen eine massive Abwertung gegenüber dem Umtauschkurs bei der Einführung des Euros vier Jahre zuvor. Auch Italien und Spanien steigen aus.

„Nach dem Zusammenbruch beschränkt sich die Mitgliedschaft in der Währungsunion auf Deutschland, die Benelux-Staaten und Österreich“, läßt Lascelles seinen fiktiven Berichterstatter der dramatischen Ereignisse mit feiner Ironie resümieren, „ein D-Mark-Block, wie es ihn bereits 1996 gab.“

Fiktion? „Vielleicht“, kommentiert das renommierte britische Finanzblatt EURO-MONEY die pessimistische Euro-Vision. „Aber jede Phase der Horror-Story ist so plausibel, daß sie sich als perfektes Gengift für alle Überbleibsel von Euro-phorie eignet.“

Die Risiken sind jedenfalls gewaltig, und doch gibt es in Deutschland keine öffentliche Debatte über die Währungsunion. „Unter dem Druck der Termine“, klagt der Freiburger Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis, „wird kaum gewagt, den Sinn einer gemeinsamen europäischen Währung in Frage zu stellen.“

Das könnte sich nun, unter dem Zwang der neuen Fakten, ändern. Kohl muß sich



**Künftige Euro-Scheine, EWI-Chef Lamfalussy\***  
„Auf Gedeih und Verderb“

entscheiden: Wird der Euro verschoben, dann ist sein Lieblingsprojekt vielleicht für immer tot. Oder werden die Kriterien aufgeweicht, dann bricht ein Sturm los, den der Kanzler politisch womöglich nicht überleben wird.

Allzusehr hat sich die Regierung in der Vergangenheit auf die strikte Auslegung der Kriterien versteift, als daß sie jetzt ohne Gesichtsverlust wieder davon loskäme. Eine solche Politik hätte nicht nur die mächtige Bundesbank gegen sich – „Es darf keine Aufweichungen geben“, mahnt deren Präsident Hans Tietmeyer –, sie verstieße auch gegen Beschlüsse des Bundestages und ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Die Stabilitätskriterien seien „eng und strikt auszulegen“, heißt es in der Entschließung des Bundestages zum Maastrichter Vertrag. Und weiter: „Der Deutsche Bundestag wird sich jedem Versuch widersetzen, die Stabilitätskriterien aufzuweichen, die in Maastricht vereinbart worden sind.“

Die Parlamentarier können sich zudem auf ein Urteil der Verfassungsrichter stützen. „Ohne maßgebliche Mitwirkung des Bundestages“, heißt es da, sei es unstatthaft, die Kriterien aufzuweichen.

Zumindest ein Ziel seiner Euro-Vision hat der Kanzler bereits verfehlt: Er wird die Währungsunion nicht mehr aus dem nächsten Wahlkampf heraushalten können. Über die Kriterien und ihre Auslegung wird spätestens im Sommer nächsten Jahres heftig gestritten werden. Da hat der Wahlkampf schon begonnen. ◆

\* Im vergangenen Dezember beim EU-Gipfel in Dublin.